

5943/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Povysil, KO Scheibner und Kollegen haben am 7. Mai 1999 unter der Nr. 6216/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Lösung des Jahr - 2000 - Problems gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt.

Zu Frage 1:

Herr BROUKAL wird nicht als Moderator von Veranstaltungen im Rahmen der Informationskampagne über das Jahr - 2000 - Computerproblem (Y2K) zur Verfügung stehen. Mir ist lediglich seine Absage bekannt.

Zu Frage 2:

Es gibt keine Ausschreibung, weil es sich konkret lediglich darum gehandelt hätte, daß Herr BROUKAL für die Moderation von Veranstaltungen und das Erreichen von Aufmerksamkeit zum Thema Y2K zur Verfügung gestanden wäre.

Zu Frage 3:

Die Aufgabe, Firmen für das Jahr - 2000 - Computerproblem zu sensibilisieren, wird von der Wirtschaftskammer Österreich wahrgenommen. Konkretes Zahlenmaterial gibt es vom Kreditschutzverband, der aber lediglich statistische Auswertungen bekannt gibt. Behörden sind in dieses Zahlenmaterial nicht miteinbezogen.

Zu Frage 4:

Das Jahr - 2000 - Computerproblem kann nicht von einem einzelnen Ressort gelöst werden. Es erfordert Maßnahmen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich der Bundesministerien, der Länder, der Gemeinden, einzelner Firmen etc.

Die Bundesregierung hat aber auf meinen Vorschlag im Ministerrat am 27. April 1999 beschlossen, eine Informationskampagne zum Jahr - 2000 - Computerproblem durchzuführen. Diese wird vom Bundeskanzleramt koordiniert. Dabei soll die Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit geeigneter Vorbereitungen und Notfallmaßnahmen aufmerksam gemacht und vor allem jene Bereiche sensibilisiert werden, die noch nicht ausreichend auf das Problem vorbereitet sind.

Zu den Fragen 5 bis 7:

Es ist derzeit kein konkreter Kandidat in Aussicht genommen.

Zu Frage 8:

Das Jahr - 2000 - Computerproblem wird in den EDV - Bereichen der Bundesverwaltung und im Rahmen der IT - Koordination des Bundeskanzleramtes bereits

seit 1996 intensiv beraten und behandelt. Den Ressorts wurden auch Unterstützungsleistungen in Form von Testmöglichkeiten für die umgestellten Systeme im Zentralen Ausweichsystem des Bundes (ZAS) des Bundeskanzleramtes angeboten.

Ich habe im Februar 1999 einen Ministerratsvortrag eingebracht, in dem auf mögliche Auswirkungen des Problems und auf die Dringlichkeit der Problemlösung sowie allenfalls erforderliche Notfallskonzepte hingewiesen wurde. Weiters habe ich die Minister ersucht, im jeweiligen Verantwortungsbereich alle zweckmäßigen und zielführenden Maßnahmen für eine zeitgerechte Problembewältigung mit Nachdruck weiterzuführen und bei erkennbarem zusätzlichen Handlungsbedarf umgehend geeignete Schritte zu veranlassen, um einen sicheren und reibungslosen Jahrtausendwechsel zu gewährleisten.

Staatssekretär Dr. WITTMANN hat bereits im Herbst 1998 anlässlich der Landeshauptleute - Konferenz die Landeshauptleute über diese Problematik informiert und ersucht, gemeinsam mit dem Bund an der Problembehebung zu arbeiten. Auch die Interessensvertretungen der Gemeinden und Städte (Gemeinde - und Städtebund) wurden von Staatssekretär Dr. WITTMANN hinsichtlich der Y2K - Problematik informiert und sensibilisiert.

Weiters habe ich am 27. April 1999 im Gegenstand neuerlich einen Ministerratsvortrag eingebracht, der eine Informationsoffensive zum Gegenstand hat. Dabei soll die Bevölkerung über das Jahr - 2000 - Computerproblem sowie über die von der Regierung und der Verwaltung getroffenen Maßnahmen zur Entschärfung des vorhandenen Risikos auf dem laufenden gehalten werden.

Seit einiger Zeit erhält das Problem auch große internationale Aufmerksamkeit. Wichtige internationale Organisationen wie die Europäische Union oder die

OECD haben den Stand der Vorbereitungsarbeiten in ihren Mitgliedstaaten erhoben. Neueste Studien der Europäische Kommission gehen davon aus, daß das Risiko einer wesentlichen Störung der EU - Infrastrukturen zum Jahrtausendwechsel begrenzt ist. Die Probleme seien vermutlich auf lokaler Ebene zu suchen und würden allenfalls in kleineren Organisationen auftreten.

Da jedoch Risiken - auch wenn sie noch so gering sind - nicht auszuschließen sind, gehen die Bestrebungen in allen Sektoren dahin, gründliche und umfassende Notfallpläne zu deren Abmilderung aufzustellen. Das Staatliche Krisenmanagement im Bundeskanzleramt hat daher diesbezüglich eine Arbeitsgruppe eingesetzt.